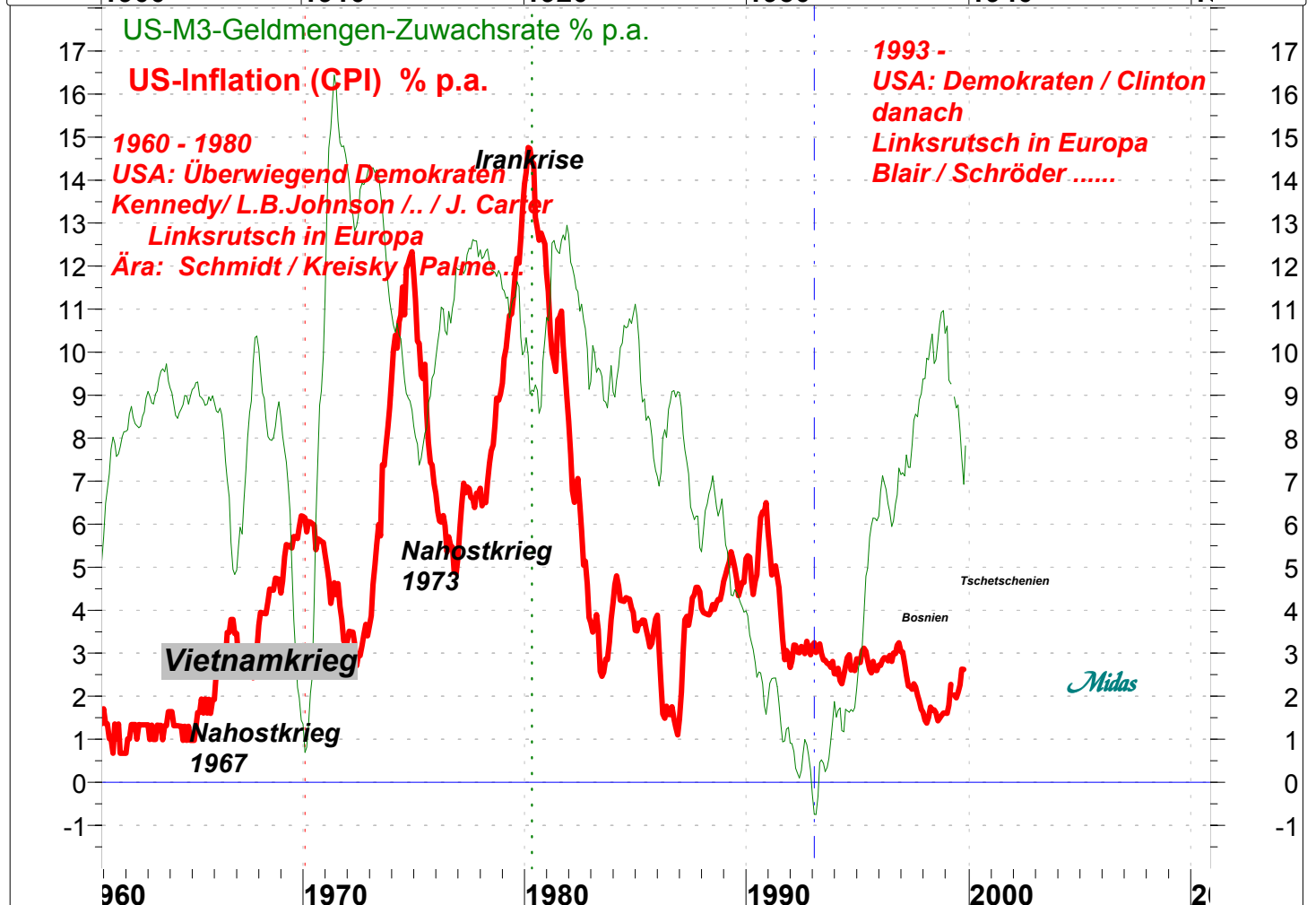
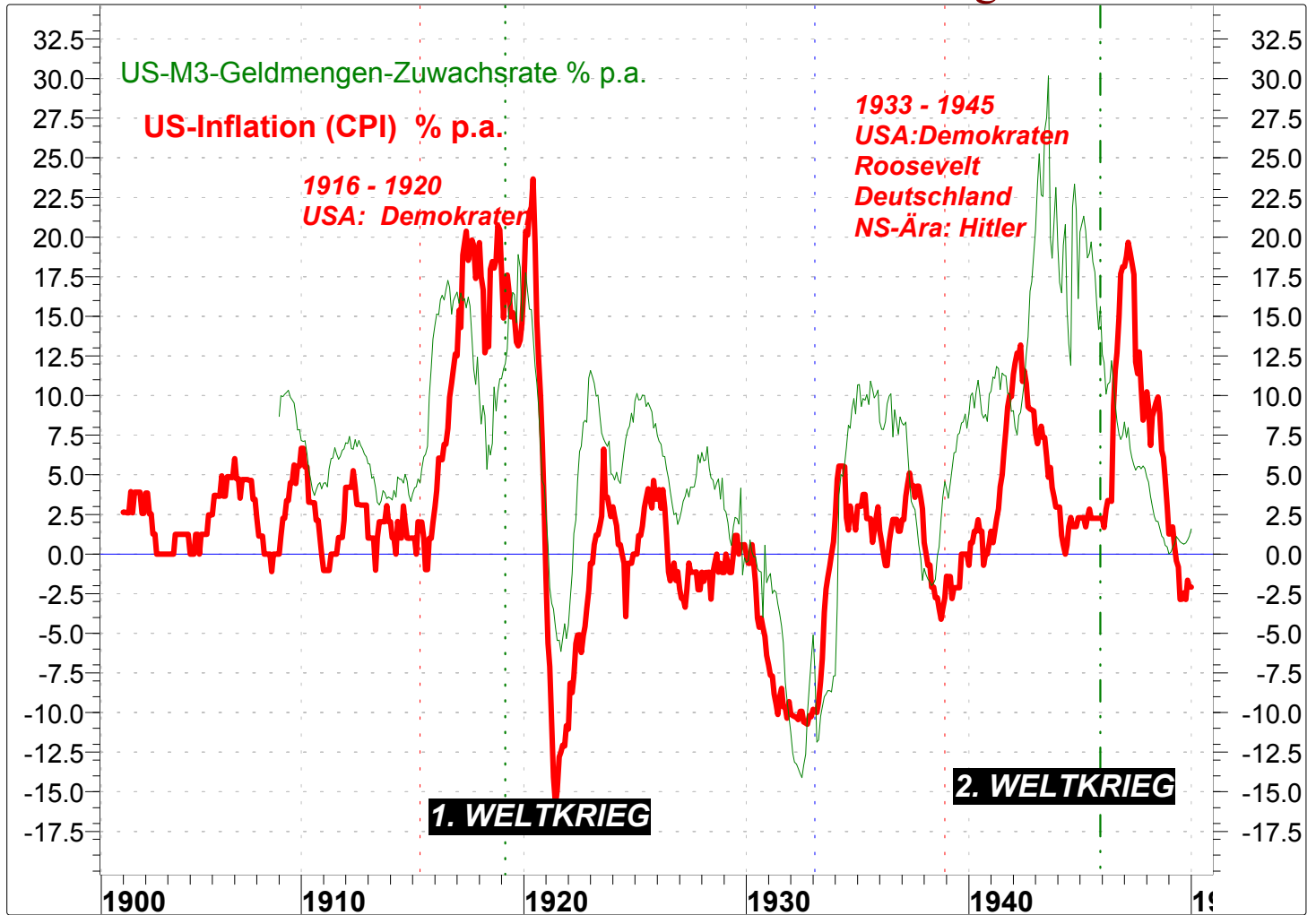
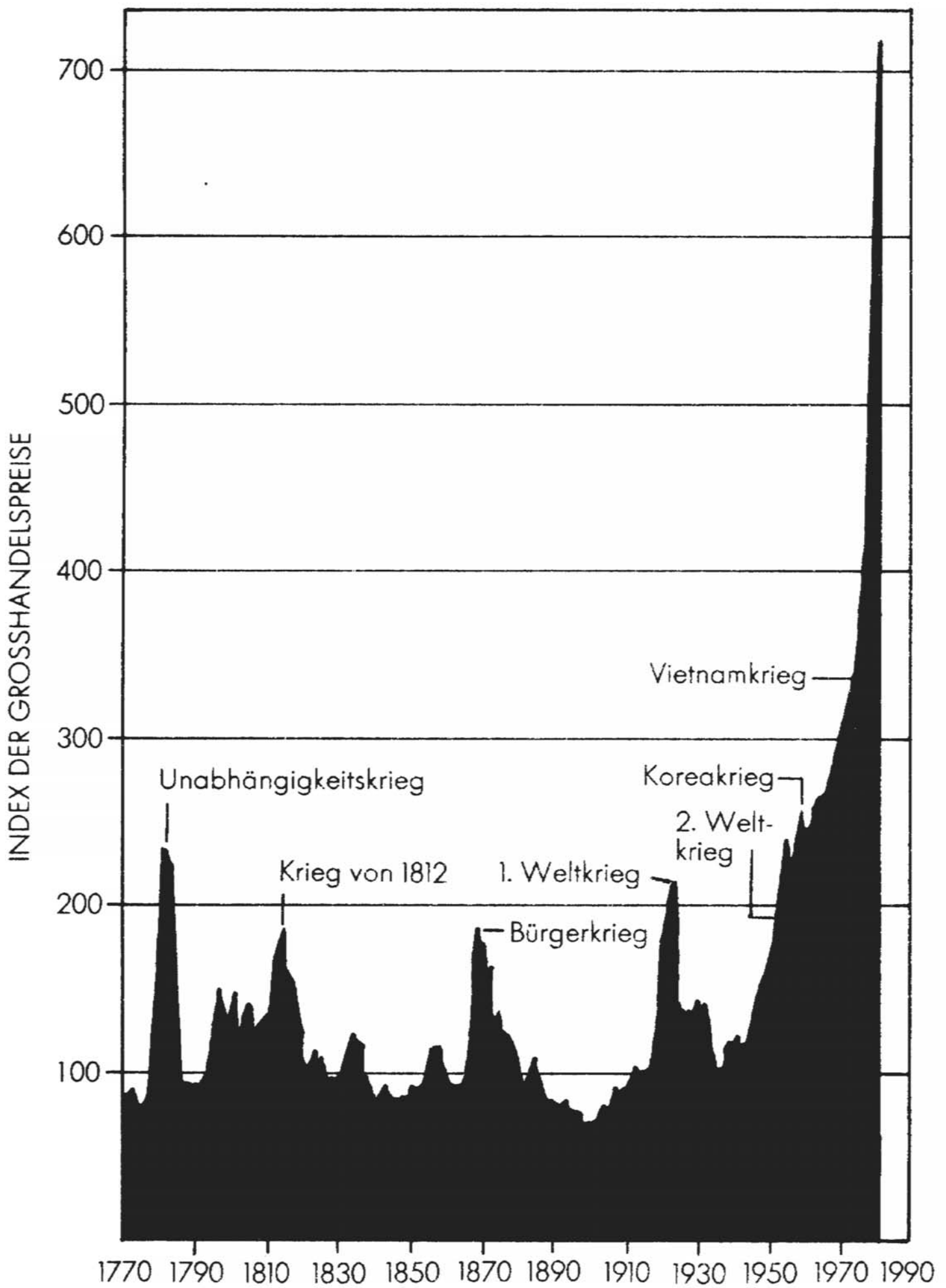


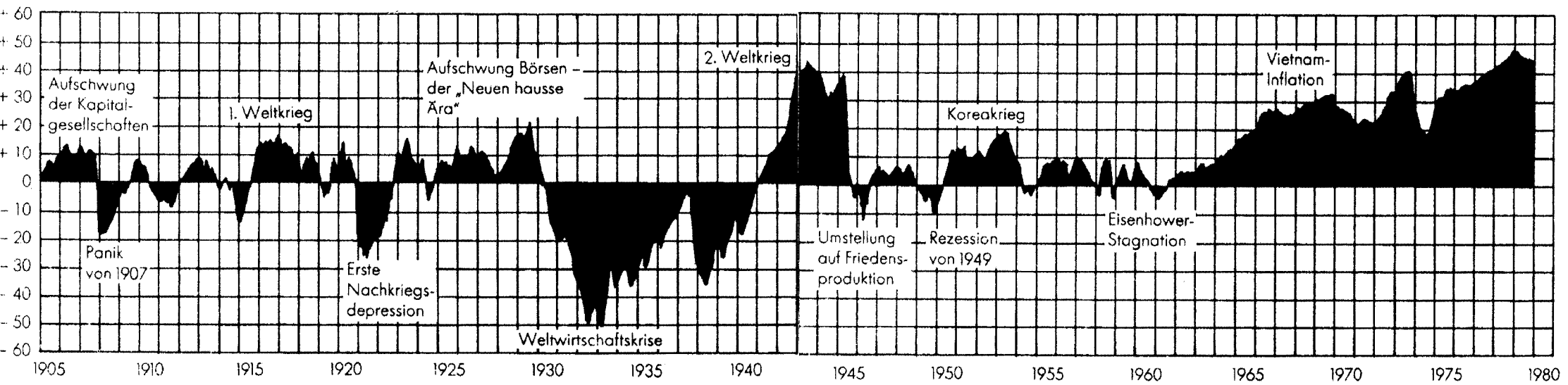
20. Jahrhundert : INFLATIONSZYKLUS - Krieg und Frieden



ENTWICKLUNG DES PREISNIVEAUS, 1910 - 1914 = 100



WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT SEIT 1905



Zweiter Weltkrieg 1939 - 1945

U.S.A. -Wirtschaftsentwicklung 1940- 1945

- **Steigerung des jährlichen Bruttosozialprodukts von 97 auf 214 Mrd US-Dollar
(somit um insgesamt 743,8 Mrd. US-Dollar!)**
- **Verdreifachung der Industrieproduktion**
- **Erhöhung der Grundstoffgewinnung um 60%**
- **Steigerung der jährlichen Exporte von 4 auf 14 Mrd. US-Dollar**
- **Senkung der Arbeitslosenzahl von 10 Mio 1937/38 bzw. 8,4 Mio 1941 auf 0,6 (!) Mio 1946**
- **Die 'Jahrhundert Rekord-Arbeitslosenquote' von 25,2% (!) des Jahres 1933 sank bis 1944 bis auf den niedrigsten Stand des Jahrhunderts - auf 1,2%(!) ab.**

(Im Gegenzug wurden bis 1946 die Streitkräfte bis auf 12 Millionen Mann aufgestockt!)

Areal-Zuwachs

- **Japanische Ryukyu-Insel Okinawa, 1220 qkm
(Zurückgegeben am 15.5.1972)**
- **Mikronesien, 2140 Inseln und Atolle, nur 96 bewohnt, insgesamt 1813 qkm**
- **Ehemaliger deutscher Südsee-Besitz**

Dieser wurde seit 1919 von Japan als Völkerbund-Mandat verwaltet und von der UNO am 27.4.1947 den USA zugesprochen

Sonstiges

- **Beschlagnahme von Feindvermögen**
Wie im Ersten Weltkrieg erfolgte die Beschlagnahme des privaten und öffentlichen 'FEIND-BESITZES' in den U.S.A.
.. darunter **346 000 deutsche Verfahren und Patente**
- **Wichtigster Kriegsgewinn: US-Dollar als Weltleitwährung**
Die Vereinigten Staaten setzten am 22.7.1944 in Bretton Woods durch, daß die US-Währung als Weltleitwährung dem Gold gleichgesetzt wird.

Erster Weltkrieg 1914 - 1919

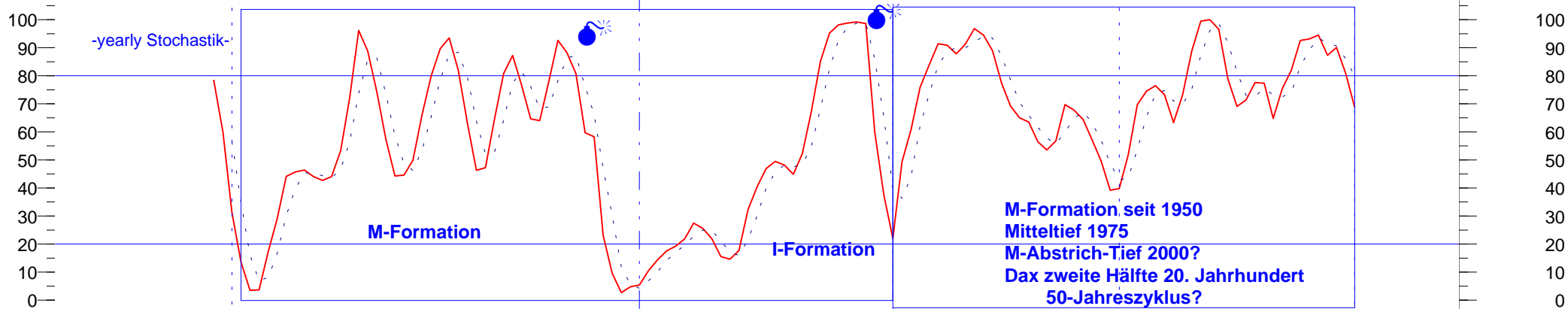
U.S.A. -Wirtschaftsentwicklung 1914 - 1919

- Verdoppelung der Gesamt-Wirtschaftsleistung
Anstieg des Nominalen BSP von 39,1 auf 85,4 Mrd US-Dollar
- Verfünffachung des Ausfuhr-Überschusses
- Zunahme des Volksvermögens um 40%
- Senkung der Arbeitslosenquote von 8,5% (1915) auf 1,4% (1919)
- Grundlegender Wandel der Auslands-Verschuldungsverhältnisse:
*aus 4 Mrd Dollar Auslands-Schulden vor Kriegsbeginn wurden
11 Mrd Dollar Auslands-Guthaben nach Kriegsende!*

Sonstiges

- **Beschlagnahme und entschädigungslose Enteignung von allem privaten und öffentlichen 'Feind-Vermögen' in den U.S.A.**
... darunter **alle** deutschen Schutzrechte

*Delikates am Rande: Francis P. Garvan hat als 'Verwalter feindlichen Eigentums' 4767 deutsche **Chemie-Patente** im Mindestwert von 100 Millionen Dollar für 250 000 Dollar an die 'Chemical Foundation' (eine Gemeinschaftsgründung der US-Chemie) verkauft, deren Präsident er zwei Wochen nach dem letzten Verkauf wurde. Ein Prozeß gegen ihn wegen 'betrügerischer Verschwendung von Staatseigentum' wurde 1923 niedergeschlagen, weil er nachwies, daß Präsident Wilson von den Transaktionen wußte und sie als 'im Nationalen Interesse' guthieß.*



Frühe Warnung

Christian Wolf

Die Katastrophe von Manhattan kam nicht aus heiterem Himmel. Chalmers Johnson, ehemaliger CIA-Berater und US-Politikwissenschaftler wies schon im vergangenen Jahr in seinem Buch "Blowback" (Rückstösse, auf deutsch: "Ein Imperium verfällt") sehr konkret auf die kommende Gefahr hin:

"In Anbetracht ihres Reichtums und ihrer Macht werden die Vereinigten Staaten in absehbarer Zukunft ein primäres Objekt der offenkundigeren Formen des Rückstosses sein, womit ich hier insbesondere terroristische Angriffe auf uniformierte und zivile amerikanische Staatsbürger überall auf der Erde einschliesslich der USA selbst meine."

Seine Prophezeiung ist eingetreten, die Welt rätselt und bangt um die Art der Antwort auf den Anschlag. Sie wird nach Lage der Dinge sehr rabiater ausfallen. Mitleid für die unschuldigen Opfer darf den Blick auf die Fakten nicht verstellen. Die Amerikaner zählen von Beginn an - Vernichtung der Indianer, Angriff gegen Spanien und Mexiko - zu den kriegerischsten Völkern überhaupt. Noch nie zuvor haben sie die Auswirkungen eines Krieges gegen fremde Mächte in ihrem Kernland erlebt. Da sie dies jetzt erstmals erfahren mussten und sich als "God's own country" begreifen, werden sie aller Voraussicht nach einen "Kreuzzug gegen das Böse" starten. Auf beiden Seiten haben so Fanatiker und Ideologen leichtes Spiel.

Rüstungswerte mit Fragezeichen

Die beiden bislang heftig umstrittenen amerikanischen Rüstungsprojekte "National Missile Defense" (NMD, zur Verteidigung der USA gegen strategische Raketenangriffe und "Theater Missile Defense (TMD) zur Verteidigung amerikansicher Truppen im Ausland vor taktischen Raketenangriffen haben nun kaum noch Widerstand zu fürchten. Statt der bisher angepeilten Erhöhung des US-Verteidungshaushalts um 27 Milliarden Dollar könnte Präsident Bush jetzt bis zu 50 Milliarden Dollar mehr für diesen Haushaltsposten fordern, schätzen David Perry und Colin Crook vom Investmenthaus Lehman Brothers.

Wer ethische Gründe beiseite schiebet und jetzt mit den Chancen von Rüstungsaktien liebäugelt, kann sich aber leicht die Finger verbrennen. Viele Unternehmen sind gleichzeitig als Hersteller und Zulieferer am Flugzeugbau beteiligt und müssen mit höheren Sicherheitskosten sowie rückläufigem Absatz ziviler Flugzeuge aufgrund verunsicherter Passagiere rechnen. Besonders der Boeing-Kurs schmierte vor diesem Hintergrund bereits kräftig ab. Die "reinen" Rüstungsaktien befinden sich schon seit eineinhalb Jahren im Kursaufschwung und quittierten die Ereignisse vom 11. September meist mit Freudensprüngen. Bombenfest präsentieren sich derzeit die Kurse von Lockheed Martin, Raytheon und Northrop Grumman. Letztgenannte Gesellschaft besitzt besondere Phantasie, da das Pentagon jetzt überlegt, den schon aus dem Rüstungsprogramm gestrichenen B2-Langstreckenbomber wieder aufzunehmen.

Bush revanchiert sich

Ein Füllhorn von Aufträgen wird sich jetzt über Amerikas Rüstungsindustrie ergiessen. Präsident Bush kann nach den Attacken von New York mehrere Fliegen mit einer

Klappe schlagen - seine Waffenprogramme durchdrücken und damit ein zentrales Wahlversprechen erfüllen, die mächtige Rüstungslobby, den berühmt-berüchtigten "industriell-militärischen Komplex" mit Aufträgen beglücken, die auf dem Recht des Stärkeren basierende amerikanische Vorherrschaft in der Welt zementieren und mit den Kriegsprojekten der immer stärker abstürzenden Gesamtwirtschaft auf die Beine helfen.

Die US-Rüstungsindustrie als einer der wichtigsten Geldgeber für den Wahlkampf des Texaners, erntet von nun an verstärkt den Dank für ihre weitsichtige Unterstützung. In George W. Bush hat die Waffenlobby nach Ronald Reagan endlich wieder einen Präsidenten ganz nach ihrem Geschmack. Schon im Wahlkampf erklärte Bush die Raketenabwehr zur Priorität, im Amt den Hardliner Rumsfeld zum Verteidigungsminister und den ABM-Vertrag als reif für den Papierkorb. Um die ängstlichen europäischen Verbündeten mit ins Boot zu holen, strich die neue Administration das Adjektiv "national". Nun heisst das US-Programm zur Abwehr ballistischer Raketen schlicht BMD, Ballistic Missile Defense. Wo immer amerikanische Truppen oder Kriegsschiffe stationiert sind, sollen auch Alliierte und sonstige Freunde unter den Abwehrschirm schlüpfen dürfen. Selbst Russland kommt nach Bushs Worten dafür in Frage, wenn es denn den ABM-Vertrag zu opfern bereit ist.

Wird der Vertrag tatsächlich gekündigt oder gebrochen, dürfte schnell der BMD-Kern des Abwehrschirms gebaut werden. Dabei handelt es sich um zunächst hundert in Alaska stationierte Abfangraketen, ein neues X-Band-Radar in Alaska, modernere US-Radaranlagen in Grossbritannien und Grönland sowie Satelliten mit hochempfindlichen Sensoren. Sogar eine Laserwaffe an Bord von Boeing-747-Jumbos zählt zum geplanten Projekt.

Aufrüstung kontra Wirtschaftskrise

Solche rüstungstechnischen Grossprojekte sprengen mit schöner Regelmässigkeit die vorgegebenen Kostenrahmen. Momentan schert das die US-Regierung besonders wenig, denn ein möglichst grosses Rüstungsprogramm soll gerade die Rezession mildern helfen. Horst Teltschik, Ex-Sicherheitspolitiker der CDU und Leiter der Internationalen Sicherheitskonferenz, die jedes Frühjahr in München stattfindet, sieht Bushs Raketenabwehrprogramm denn auch als rein wirtschaftlich motiviert an. "Das ist ein riesiges Subventionsprogramm für die amerikanische High-Tech-Industrie."

Ob die US-Waffen auch ihr Geld wert sind, ist oft zweitrangig. In den letzten Jahren ereignete sich eine fast unglaubliche Serie von Pannen, Fehlleistungen und Beinahe-Katastrophen selbst bei führenden Unternehmen wie Boeing oder Lockheed-Martin. Auch die Trefferquote der amerikanischen Patriot-Raketen im Golfkrieg gegen irakische Scud war - entgegen offiziellen Erklärungen - minimal. Nicht umsonst kaufte die kuwaitische Regierung kurz nach Kriegsende russische Raketenabwehrsysteme (S-300/400) statt US-Patriots.

Projekte und Zukunftswaffen

Doch davon lässt sich die amerikanische Aufrüstung nicht beirren. So gab das Pentagon am 15. August die Zustimmung zur Produktion des Überschall-Tarnbombers F-22 Raptor von Lockheed Martin bekannt. 295 Maschinen will das Verteidigungsministerium insgesamt ordern - eines der grössten US-Rüstungsprogramme aller Zeiten. Bereits im Oktober wird entschieden, ob Boeing oder

Lockheed Martin den Zuschlag für den Bau des Kampffjets Joint Strike Fighter erhalten. Das Pentagon beziffert seinen Bedarf auf 3000 Flugzeuge.

Amerika probt auch schon den Krieg im Weltraum. Verbarrikadiert in Hochsicherheitsbunkern bei Colorado Springs spielten vergangenen Januar 250 High-Tech-Kämpfer der US-Armee eine Konfrontation zwischen den USA und China im Jahr 2017 durch. Beide Seiten verfügten bei dem Manöver über lenkbare, bewaffnete Satelliten, Laserkanonen und Marschflugkörper. Die USA siegten - wer sonst? - dank Raketenabwehrschirm und Raumgleitern. Bush diktierte dabei den eingeladenen Medienvertretern ins Mikrophon, die USA wollten "den Frieden fördern", indem sie "die Art und Weise ändern, in der Kriege ausgefochten werden", und dabei "alle Vorzüge revolutionärer neuer Technologien ausnutzen."

Schirmherr des Kriegsspiels war General Richard Myers, Vize-Vorsitzender der Vereinigten Stabschef und früher Chef des US-Luft- und Raumfahrtkommandos. Ihn, der auch Strategien für eine Computer-Kriegsführung erarbeitete, hat Präsident Bush gerade für das Amt des neuen Generalstabschefs nominiert.

Da passt es ins Bild, dass die USA schon einen "Space Bomber", den Weltraumbomber planen. Er soll 15 mal schneller und zehn mal höher als der B-2-Tarnkappenbomber fliegen, wird vertikal wie eine Rakete in den Weltraum geschossen und kann aus mehr als 100 Metern Höhe Präzisionsbomben werfen. Pentagon-Chef Rumsfeld ordnete schon Forschungen für "suborbitale Weltraum-Fahrzeuge" an. Laut dem Minister könnten die bemannten Flugzeuge "wertvoll sein, um weltweite Angriffe durchzuführen."

Selbst den "Phaser" haben sich die US-Entwickler bei Captain Kirk aus dem Fernsehraumschiff Enterprise abgeguckt. Über 90 Millionen Dollar Entwicklungskosten verschlang "V-MADS." Dieses "Vehicle-Mounted Active Denial System" lässt sich mit "aktives Ablehnungssystem auf einem Fahrzeug" übersetzen. V-Mads soll nicht töten, sondern funktioniert wie eine grosse Mikrowelle. Die Waffe bündelt elektromagnetische Kräfte, die dann einen unsichtbaren Impuls von Energie mit Lichtgeschwindigkeit auf ihr Ziel katapultieren. Der Strahl durchdringt dann die Kleidung und heizt die Haut in nur zwei Sekunden auf 54 Grad Celcius auf. Die US-Marine testete den Phaser bereits auf Übungsplätzen in New Mexico. GIs taufte ihn "People Zapper" - "Leute-Fernbedienung" - , weil er besonders zum Einsatz gegen grosse Menschenmengen vorgesehen ist.

Vor diesem Hintergrund machen die Sätze des Ex-CIA-Beraters Chambers Johnson nachdenklich: "In der amerikanischen Politik und den amerikanischen Medien ist viel von 'verbrecherischen Staaten' wie dem Irak und Nordkorea die Rede. Doch wir müssen uns die Frage gefallen lassen, ob die Vereinigten Staaten nicht selbst zu einer 'verbrecherischen Supermacht' geworden sind."

Mit seiner Reaktion auf den Terroranschlag hätte Präsident Bush diese Vermutung ad absurdum führen können.

Christian Wolf

Kapitalanlagen in Kriegszeiten

SICHER IN AMERIKA?

Sicherheitsdenken ist nicht neu. Schon vor uns lebende Generationen sahen Gründe genug, nach mehr persönlicher und auch finanzieller Sicherheit zu trachten. Der Bewahrung erworbener Besitztümer kam dabei immer eine besondere Bedeutung zu. Im Vielvölkergebiet Europa wechselten sich Unruhen, Kriege, Kapital-Entwertungen und Enteignungen immer schon in steter Regelmäßigkeit ab. Daran hat sich seit der Zeit des ausgehenden Mittelalters nichts geändert.

Auch in den ersten 33 Jahren dieses Jahrhunderts haben Privatleute und Firmen diese Überlegungen gehabt und deshalb viel in den USA investiert. Die Vereinigten Staaten waren damals schon das Eldorado des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Sicherheit. Doch was hat es den Anlegern genutzt, Kapital in den USA für sich und ihre Nachfahren angelegt zu haben. Franzosen, Spanier, Dänen, Norweger, Belgier und Holländer bekamen die Besitztümer eingefroren, die deutschen, österreichischen und italienischen Besitzer wurden enteignet. Sie alle haben Bekanntschaft mit einem amerikanischen 'Spezialgesetz', dem **Trading with the Enemy Act**, gemacht, welches heute noch - wie seinerzeit gilt.

Ausländische Vermögen in den USA und Guthaben bei US-Banken selbst bei deren Filialen im Ausland, sind durch zwei Gesetze bedroht, dem

TRADING WITH THE ENEMY ACT von 1917

und dem

INTERNATIONAL EMERGENCY ECONOMIC POWERS ACT von 1978.

Diese amerikanische Feindstaaten-Gesetzgebung besagt, daß der amerikanische Präsident in Krisen- und Kriegszeiten die in den USA befindlichen Vermögen von Personen und Gesellschaften aus Ländern, die man als Feindgebiete ansieht, einfrieren und enteignen kann. Es wird stets sehr weit ausgelegt. Eingefroren wurden beispielsweise die Vermögen aus allen Ländern, die von den Deutschen, Italienern und Japanern besetzt waren. Nur wer als Bewohner der besetzten Länder noch rechtzeitig ein freies Land erreichte, hatte Chancen, seine Vermögenswerte frei zu bekommen. Aber auch dies war meistens langwierig, denn die Behörden verlangten viele Nachweise, die oft kaum zu erbringen waren. Nach dem Krieg wurden die beschlagnahmten Vermögen zwar wieder freigegeben, wobei oft lediglich ein völlig unzureichender finanzieller Ersatz herauskam. Die Vermögen von Deutschen, Italienern und Japanern blieben eingezogen und enteignet.

In der Verfolgung ihrer Ziele sind die amerikanischen Behörden radikal und unnachsichtig.

Das zuständige `Office of Foreign Assets Control` ist für extrem hartes Vorgehen berüchtigt.

Schon damals genügte ein Verdacht, daß einzelne amerikanische, bzw. schweizerische Gesellschaften teilweise im Besitz von deutschen Anlegern waren, um die betreffenden Teile zu beschlagnahmen. Auch sie wurden nie zurückgegeben. Ausnahmen gab es bei Personen, die nachweislich zu den Verfolgten des Regimes gehörten, aber auch sie hatten selten eine volle Freigabe bzw. Entschädigung erhalten. Schweizerische Banken berichten noch heute über die Hartnäckigkeit, mit der damals amerikanische Aufsichtsbehörden jenen Anteil, den deutsche Besitzer an ihren Aktien hielten, entsprechend beschlagnahmten.

Heute wird das Problem eines Eintrittes der Feindstaatenklauseln für deutsche Kapitalien in Amerika wie auch für andere westeuropäische Länder kaum in Erwägung gezogen. Doch wie stabil ist dieser Status? Kapitalien werden schließlich nicht für einige Jahre, sondern oftmals für lange Zeit oder andauernd, als Familienbesitz auch für künftige Generationen, angelegt. Alle diese Anlagen sind deshalb gut zu überdenken, d.h. man muß bereits während der Investitionszeiten entsprechende Möglichkeiten und Gefahren berücksichtigen.

Veränderungen im politischen Status Europas kommen kaum wie der Blitz aus heiterem Himmel. Die Bundesrepublik Deutschland, ist heute durch die NATO und eine jahrzehntelange Freundschaft mit den USA verbunden. In der Politik aber gibt es keine dogmatischen Festlegungen wie etwa in der Religion. Hinter allen Sicherheits- und Freundschaftspakten muß immer die überragende Mehrheit eines Volkes stehen, sonst werden sie ausgehöhlt und fallen - wie die Geschichte zeigt - gerade im ungünstigsten Zeitpunkt in sich zusammen.

Es kann auch sein, daß sich die politische Mehrheit in einem Land so verändert, daß daraus eine Hinwendung zu radikalen politischen Kräften entsteht. Derartige Gefahren sind - wie die Geschichte lehrt - immer dann gegeben, wenn die etablierten Parteien versagen, die Massenarbeitslosigkeit überhand nimmt und das Sozialsystem zusammenbricht. Insofern sind derzeit erschreckende und verblüffende Parallelen zu den dreißiger Jahren feststellbar.

Der Umbruch im ehemaligen Ostblock könnte noch größere Gefahren in sich bergen als der Kommunismus. Schon breiten sich Anarchie und Verbrechen in Rußland aus. Bei weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Zusammenbrüchen könnten faschistische Kräfte an die Macht gelangen. Ein Militärputsch könnte die Lage schlagartig verändern.

Westeuropäische Staaten könnten durch eine feindliche Aktion besetzt werden.

Man darf über längere Zeit derartige Entwicklungen nicht ausschließen, denn solche Trends sind bereits gegenwärtig spürbar, auch wenn sie sicherlich noch keine Mehrheiten haben. Aber ist dies überhaupt nötig? Aktive zehn Prozent der Bevölkerung können durchaus mehr sein als fünfzig Prozent passive!

Die US-Feindstaatengesetzgebung zwingt zu Vorsorgemaßnahmen. Ausländische gewerbliche und private Investitionen in den USA haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Selbst mittlere Einkommensschichten haben heute Vermögen in den USA. Sie tun dies, einerseits um damit Geld zu verdienen, andererseits aber auch, um in Sicherheit vorzusorgen, weil sie noch aus früheren Zeiten Angst vor Unruhen, Kommunismus oder Krieg plagt. Möglicherweise kommen diese Leute aber vom Regen in die Traufe: **Heimatliche Vermögen entwerten sich und überseeische werden konfisziert!**

Das ursprüngliche Gesetz stammt vom 6. 10. 1917. Es wurde während der beiden Weltkriege und im Vietnamkrieg den jeweiligen Situationen angepaßt, was schon zeigt, daß die Amerikaner eher an eine Ausweitung als Einschränkung denken. *(Wenig bekannt in diesem Zusammenhang ist, daß nach 1975 antikommunistische Flüchtlinge aus Südvietnam nach ihrer Ankunft in den USA erleben mußten, daß ihre dortigen Guthaben - von der 'befreundeten Regierung' blockiert waren. Manche dieser politischen Flüchtlinge mußten sich mühevoll durch jahrelange Prozesse kämpfen).*

Diese Gesetze ermächtigen den Präsidenten der USA, jeden Handel und Verkehr mit dem Feind zu untersagen, Feindvermögen aller Art in den USA zu beschlagnahmen und 'diesen Feinden' den Zugang zu den US-Gerichten zu verwehren. Das Gesetz betrifft nicht Feindvermögen außerhalb der USA. Nach dem Gesetz wird ein Beauftragter bestellt, der Feindvermögen in Besitz nehmen, beschlagnahmen, veräußern und verwalten kann. Dazu zählt jedes in den USA gelegene Vermögen, das Feinden oder deren Verbündeten gehört, auch wenn der Besitzer kein Feind im Sinne des Gesetzes ist.

- **Bereits die Beschlagnahme hebt alle Rechte des Betroffenen auf. Das Vermögen gehört sofort und nicht erst mit der Enteignung den USA. Entschädigung oder Rückgabe, bzw. ein Ersatz kommt nicht in Frage.** Ausnahmen sind eng begrenzt auf bereits im Lande befindliche Flüchtlinge und ähnliche Personenkreise.

- „Feind“ im Sinne des Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person, einschließlich von Staaten, jedweder Nationalität, die im Gebiet einer Nation, mit der die USA Krieg führt, entweder ansässig, registriert oder gegründet ist. Eingeschlossen sind auch die Bewohner besetzter Gebiete sowie Personen, Firmen, die nicht

in den USA ansässig sind und mit betroffenen Personen, Firmen oder Staaten Handel treiben. Damit werden auch solche Personen zu Feinden, die eigentlich Opfer einer Aggression sind. Franzosen galten während des Zweiten Weltkriegs als Feinde der USA! US-Staatsbürger, die in solchen Gebieten leben, werden zu Feinden im Sinne des Gesetzes. Ein in den USA ansässiger Angehöriger einer Feindnation, der sich amerikafreundlich verhält, hat Anspruch auf eine Entschädigung. Der Beschlagnahme und eventueller Internierung kann er aber nicht entgehen!

- Auch 'feindbehaftetes' Vermögen wird eingezogen. Man versteht darunter in der Regel juristische Personen, also Firmen, die unter ihren Anteilseignern Personen haben, welche unter den Feindbegriff fallen. Vermögen ist alles was Wert darstellt, es genügt auch schon ein indirektes Interesse oder Recht.
- Jede Maßnahme des Beauftragten ist faktisch bereits Recht, welches weder gerichtlich überprüft oder aufgehoben werden kann. Eine Klage wäre nur möglich, um zu beweisen, daß man nicht Feind im Sinne des Gesetzes ist. Ein 'Anti-Nazi' zu sein, reichte seinerzeit aber nicht aus, um vor den Folgen des Gesetzes verschont zu sein.

Versuche, den Feindstatus zu vermeiden oder zu verschleiern, hat es immer schon gegeben. Sie waren, soweit bekannt, immer erfolglos. Selbst wenn sich Lücken im Gesetz zeigten, schob der Kongreß stets sofort die nötigen Rechtssätze nach.

In den letzten Jahren konnte man des öfteren die Empfehlung hören, man müsse einen Trust in einem neutralen Land gründen. Wie frühere Verläufe zeigten, ist dies selbst dann unwirksam, wenn Treuhänder oder Begünstigungsklauseln zwischengeschaltet sind.

- **Die im Gesetz enthaltene Denunziationspflicht läßt keine Schlupflöcher offen!**

Als einzig sinnvolle Möglichkeit zur Abwendung einer Enteignung kommt daher nur die Gründung einer Gesellschaft in Frage, die das US-Vermögen unwiderruflich auf eine Person überträgt, die nicht als Feind gelten kann. Der wirkliche Eigentümer verliert damit die Verwaltungsgewalt über sein Vermögen und ist auf stille Versprechen jener Person bzw. eines Treuhänders angewiesen, es später zurückzugeben. Ein bekannter, auf dieses Gesetz spezialisierter Anwalt in Los Angeles, rät dies all jenen Ausländern, die Kinder, Verwandte oder sonstwie Nahestehende in den USA haben. Denen sollte das Vermögen im Anwendungsfall der Feindstaatenklausel eher zukommen als dem Staat.

Die Feindstaatengesetzgebung der USA hat aber zwei Seiten: Die eine besteht im Einfrieren und Enteignen durch die US-Regierung, die andere darin, daß der Feind in den besetzten Gebieten alle Bewohner zur Rückholung der Guthaben zwingen wird, wodurch sie ebenfalls verloren gingen.

Wie schützt man sich nun vor den Folgen? Zunächst was man dabei nicht tun sollte:

Notfallklauseln, wie man sie in zahlreichen Beteiligungsverträgen deutscher Bürger in den USA findet, besagen, daß im Konfliktfall das gesamte Vermögen auf einen amerikanischen Treuhänder übergeht, der es zugunsten des deutschen Besitzers zu verwalten hat. Sie sind eine gute Vorsorgemaßnahme, dienen aber lediglich der Beruhigung und haben sonst keinen Wert. Irgendeinen Vorteil hieraus kann höchstens derjenige ziehen, dem es gelingt, frühzeitig nach den USA zu kommen und der außerdem von den Folgen des Gesetzes freikommt. Wer anderes daraus erwartet, macht sich etwas vor!

Gleich negativ ist das Urteil der Spezialanwälte für alle Umgehungs- oder Verschleierungstrusts in anderen Ländern, Oasengebieten und dergleichen. Absoluten Schutz bietet, wie bereits dargelegt, nur die 'Selbsteinteignung', weil man in diesem Fall den Begünstigten selbst bestimmen kann. Mehr aber auch nicht.

Wer viel Vermögen in den USA hat, sollte beizeiten nach einer zweiten Staatsangehörigkeit trachten, wie dies beispielsweise in Kanada, sowie besonders durch einige südamerikanische Staaten, möglich ist. Sicherheitshalber kann eine Gesellschaft dazwischengeschaltet werden, die aber ihren Sitz in einem

unverdächtigen Land haben sollte. Wichtig ist auch, daß die Vorsorgemaßnahmen frühzeitig eingerichtet werden und im Krisenfall alles bereits eingeführt und etabliert ist. Bei derartigen Angelegenheiten, die ja meist nicht geringe Vermögen betreffen, muß weit in die Zukunft hinein gedacht werden, denn es kann ja auch erst die Kinder oder Kindeskinde betreffen.

Es empfiehlt sich europäischen, im besonderen deutschen Besitzern von kleinen und mittleren Vermögen in den USA – beispielsweise Immobilien-beteiligungen, Aktien, Anleihen, Geldmarktkonten, Investmentfonds – stets dann, **wenn sich mögliche Krisen anbahnen, die Vermögen aus den USA wegzuholen.** Wertpapierdepots können auf kanadische Brokerhäuser übertragen, Immobilien-beteiligungen verkauft werden. Kanada hat, jedenfalls bisher, nie derartige Gesetze eingeführt.

Im Jahr 1941 wurden sogar schweizerische Guthaben in den USA eingefroren. Die Schweiz mußte 1946 für die Aufhebung der Blockierung 250 Millionen Franken zahlen – als ´freiwilligen´ Beitrag zum Wiederaufbau Europas.

Derartige Erfahrungen haben wahrscheinlich auch die Schweizer Behörden dazu veranlaßt, bereits rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen zur Verlagerung von hoheitlichen und unternehmerischen Aufgaben nach Kanada und nicht nach den USA einzuleiten. Wenn dies die Schweiz in der heutigen Zeit bereits getan hat, mag es überraschen, aber es zeigt doch auch, daß man dort gewisse Risiken in Europa sieht!

Der Goldbesitzer, hat den Vorteil, daß er seinen Besitz buchstäblich mit eigenen Händen von den USA wegbringen oder verstecken kann. Es kann nur geraten werden, das in Bezug auf den Goldbesitz sehr viel liberalere Kanada zu wählen. Auch wenn der Krisenfall im Sinne des Feindstaatengesetzes der USA nicht eintritt, könnte es in Bezug auf Gold, früher als man zu glauben wagt, wieder Besitzverbote geben.

In den USA wurde schon einmal, unter Roosevelt alles private Gold konfisziert. Die Entschädigungen lagen natürlich weit unter dem Marktpreis.

Seit dem 1 Juli 1983 mußten in den USA zeitweise die Gold- und Silberhändler alle Transaktionen dem Internal Revenue Service, der amerikanischen Finanzbehörde, melden. Dasselbe galt für Broker, bei denen Spekulanten mit Terminkontrakten in Gold und Silber handeln. Im Kongreß wurde sogar schon mehrmals vorgeschlagen, von jedem Goldkäufer Fingerabdrücke zu nehmen.

Der ausländische Investor muß auch wissen, daß die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten ausländische Vermögen- und dies gilt nicht nur für Gold, sondern für sämtliche Anlagen – ausgesprochen schlecht behandelt.

Daß in den USA keinerlei Bankgeheimnis existiert, sei nur am Rande erwähnt.

Europäer die glauben, im Ernstfall böte ihnen eine Farm in Amerika oder auch nur ein Dollarkonto in New York irgendeine Sicherheit, unterliegen einem grausamen Irrtum.

- **Der Umstand, dass die in Kriegszeiten (1917) geschaffenen ´Enteignungsgesetze´ danach nicht mehr ausser Kraft gesetzt wurden sondern noch laufend aktualisiert und optimiert wurden, müsste doch nachdenklich stimmen. Da könnte ´System dahinterstecken´. Dank hervorragender Propaganda ist breiten Bevölkerungskreisen kaum bewusst, dass die USA seit dem Jahr 1945 an etwa 300 (!) Kriegshandlungen beteiligt waren.**
- **Investments in den USA, an US-Börsen und Käufe von ADR´s sollten nunmehr vorsichtshalber weitgehend unterlassen werden!**